Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1919

4.6.1919 (No. 129)

Visual Library

№ 129 Mittwoch, den 4. Juni 1919 162. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. Amend. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 5 ℳ 25 ₰; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 5 ℳ 42 ₰ — Einzelnummer 10 ₰ — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 ₰ zuzüglich 30 % Teuerungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Fürsorge für die heimkehrenden Kriegsgefangenen.

** Zur Vorbereitung des Empfangs der heimkehrenden Kriegsgefangenen sind von den Militärbehörden und der amtlichen Zentralstelle — der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene in Berlin — besondere „Richtlinien für die Kriegsgefangenen-Heimkehr" aufgestellt worden.

Die anläßlich der Rückbeförderung der Kriegsgefangenen erforderlichen Maßnahmen sind bis zur Entlassung der Gefangenen aus den Durchgangslagern Sache der Militärverwaltung und werden für Baden von dem Generalkommando des XIV. Armeekorps vorbereitet. Eine Mitwirkung der Zivilbehörden kommt nur für die Bildung der Empfangsausschüsse in Frage; außerdem darin, daß an allen in der Nähe der Reichsgrenze gelegenen Orten, insbesondere an den Orten längs des Rheins die Möglichkeit für entsprechende Unterbringung einzeln eintreffender Gefangener bis zu ihrer Weiterbeförderung in das nächste Lazarett oder Durchgangslager zu schaffen wäre. Diese Aufgabe wird zweckmäßig von den zu schaffenden „Kriegsgefangenenheimkehrstellen" mit übernommen. Ob eine größere Zahl von Gefangenen in dieser Weise zurückkehren wird, hängt davon ab, wie sich der Rücktransport der Gefangenen vollziehen wird. Eine Massenrückkehr von Gefangenen zu Fuß, insbesondere über Baden, wird nicht erwartet; die Rückkehr wird sich vielmehr in der Hauptsache auf der Eisenbahn in planmäßigen Transporten vollziehen. Immerhin wird aber auch mit der Möglichkeit gerechnet werden müssen, daß die Rückkehr nicht durchweg in so geordneter Weise erfolgen und daß eine größere Zahl von Gefangenen einzeln zu Fuß zurückkehren wird. Für deren geeignete Unterbringung muß daher Vorsorge getroffen werden.

Als Grenzübergangsstationen im Sinne der Richtlinien sind vom Generalkommando vorgesehen: Mannheim, Offenburg und Konstanz; eine endgültige Bestimmung der Grenzübergangsstationen ist zur Zeit noch nicht möglich, da bisher noch nicht feststeht, auf welchen Wegen die Gefangenen zugeführt werden.

Durchgangslager werden vorbereitet in Mannheim, Tauberbischofsheim, Karlsruhe, Rastatt und auf dem Heuberg.

Für die einzeln zurückkehrenden Gefangenen hat das Generalkommando bisher die Anordnung getroffen, daß sie durch alle militärischen Dienststellen sogleich dem nächsten militärischen Lazarett zugeführt werden, das sie unterbringt, verpflegt, untersucht und ordnungsgemäß entläßt. Später kommen hierfür die Durchgangslager in Frage, von denen Mannheim von Mitte Mai ab gebrauchsfähig ist. Vorläufige Unterbringung an den Grenzorten ist hiernach nur für den Fall nötig, daß die Zugverbindungen eine sofortige Weiterreise in das nächste Lazarett nicht gestatten. Nach Entlassung der Gefangenen aus den Durchgangslagern setzt die Fürsorge der Zivilbehörden ein.

In den Richtlinien ist insbesondere die Schaffung von Fürsorgestellen mit der Bezeichnung „Kriegsgefangenenheimkehrstellen" vorgesehen. Die Errichtung dieser Stellen soll durch die Gemeindebehörden erfolgen.

Die Bezirksämter werden dafür Sorge tragen, daß in allen Gemeinden, in denen ein Bedürfnis hierfür vorliegt, Kriegsgefangenenheimkehrstellen errichtet werden.

Die Tätigkeit der Kriegsgefangenenheimkehrstellen wird von den Behörden in jeder Weise unterstützt, um darauf hinzuwirken, daß den heimgekehrten Kriegsgefangenen ein warmer Empfang bereitet und jede Erleichterung bei der Eingliederung in das Wirtschaftsleben verschafft wird.

Verdorbene Kartoffeln?

** Unter dieser oder ähnlichen Überschriften machen Mitteilungen der Tagespresse die Runde, wonach in Mannheim ein großes Schiff mit verdorbenen Kartoffeln angelangt sei, dessen Inhalt zur menschlichen Ernährung nicht mehr geeignet erscheine. Ähnliches wird von Karlsruhe erzählt. Diese Behauptungen sind unzutreffend. Richtig ist dagegen, daß in der vergangenen Woche in Mannheim und Karlsruhe Schiffe mit englischen Kartoffeln angekommen sind, die in Rotterdam Ende April beladen wurden und statt 8 bis 10 Tage in normalen Zeiten nicht weniger als 3—4 Wochen unterwegs waren und zwar deswegen, weil der Rheinverkehr durch die Maßnahmen der Entente aufs äußerste behindert wird. So mußten die fraglichen Kartoffelschiffe volle 14 Tage in Mülheim a. d. Ruhr liegen, bevor die Erlaubnis zur Weiterfahrt erteilt wurde.

Daß Kartoffeln, die 3 bis 4 Wochen in geschlossenen Schiffsräumen lagern, in der gegenwärtigen warmen, weit vorgeschrittenen Jahreszeit zum Teil Not leiden müssen, ist ganz selbstverständlich und auch in Friedenszeiten nicht anders gewesen; insbesondere zeigt sich nach dem Öffnen der Bunker zunächst ein übler Geruch. Erfreulicherweise sind die englischen und irischen Kartoffeln von so vortrefflicher Beschaffenheit — groß, glatt, gelbfleischig — und so tadellos in guten Jutesäcken verpackt gewesen, daß nur ein geringer Bruchteil der untersten Sackreihe in der Mitte jedes Bunkers infolge des Luftabschlusses, der Hitze und des Druckes der darüber lagernden Ware wirklich Not gelitten hat. Auch von diesen Kartoffeln kann nach eine gewisse Menge nach Verlesen und Trocknung an der Luft gedörrt und zu Futterzwecken weiterverarbeitet werden, so daß der wirklich unbrauchbar gewordene Teil nach Schätzung der Sachverständigen nur wenige Prozent ausmacht (bei dem in Karlsruhe angekommenen Schiff etwa 5 Proz., bei dem in Mannheim etwa 10—20 Proz.). Das ist nach Lage der Verhältnisse ein äußerst günstiges Ergebnis. Zu einem in der „Volksstimme" vom 3. Juni erschienenen Artikel, in dem behauptet wird, daß in einem Kahn „Wilhelmine" von 30 000 Zentner Kartoffeln auch nicht ein Pfund für die menschliche Ernährung brauchbar gewesen sei, ist zu bemerken, daß diese Angabe stark übertrieben ist. Auch diese Ladung befand sich nach durch das Bürgermeisteramt Mannheim eingezogenen Erkundigungen bis auf etwa 10—20 Prozent in tadellosem Zustand.

Die Menge der aus der Schweiz, aus England und Holland in den letzten Wochen nach Baden eingeführten Kartoffeln beträgt gegen 200 000 Zentner. Darunter sind auch Saatkartoffeln; doch ist die Eßkartoffelmenge zuzüglich der geringen einheimischen Lieferungen so groß, daß bei richtiger Verteilung auch nach Abrechnung einer angemessenen Grundmenge jedem Versorgungsberechtigten nahezu die vollen 5 Pfund in der Woche bis zum Schluß des Wirtschaftsjahres gegeben werden können. Die Reichskartoffelstelle hat deshalb auch die bisher getätigten Ersatzleistungen für fehlende Kartoffeln in den letzten Tagen mit dem Hinweis auf die reichliche Einfuhr ausländischer Ware telegraphisch abgelehnt.

Auslandsmehl für Baden.

** Die für Baden bestimmte erste Sendung amerikanischen Mehls, die per Schiff von Rotterdam nach Mannheim gelangen sollte, ist an der holländischen Grenze durch die Entente längere Zeit festgehalten worden, offenbar in der Absicht, dadurch auf die Unterzeichnung des Friedensvertrags einen Druck auszuüben. Auf energische Vorstellungen der Reichsregierung ist nunmehr die Freigabe des Mehles erfolgt; das Mehl wird in den nächsten Tagen in Mannheim erwartet.

Erholung für unterernährte Stadtkinder.

** Die Unterbringung der erholungsbedürftigen Stadtkinder in Familien auf dem Lande begegnet in diesem Jahre aus verschiedenen Gründen größeren Schwierigkeiten als früher. Um den Stadtkindern, die nicht auf dem Lande in einzelnen Familien untergebracht werden können, eine genügende Erholung zu verschaffen, planen der Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg und der badische Landesverein für innere Mission in Karlsruhe teils die Errichtung von Halbtags-Kolonien in einzelnen Städten (zunächst in Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, später auch in Pforzheim und Heidelberg), teils die Zusammenfassung größerer Kinderabteilungen in besonderen Erholungsheimen. In beiden Anstalten soll den Kindern in erster Linie eine ihre Gesundheit fördernde Ernährung geboten werden. Zur Verwirklichung dieses Zweckes haben diese Oganisationen darum nachgesucht, im Lande bei den Landwirten eine freiwillige Sammlung von Lebensmitteln vornehmen zu dürfen.

Das Ministerium des Innern hat sich mit der Veranstaltung einer solchen Sammlung unter folgenden Bedingungen einverstanden erklärt:

a) die Abgabe der Lebensmittel muß durch die Landwirte unentgeltlich erfolgen;
b) der betreffende Landwirt muß gegenüber dem Kommunalverband sein Ablieferungssoll bezüglich des zur Spendung gelangenden Lebensmittels erfüllt haben, so daß die abzugebenden Mengen aus den ihm und seinen Haushaltungsangehörigen zustehenden Selbstversorgerrationen entnommen werden;
c) die caritativen Verbände müssen Gewähr dafür leisten, daß die gesammelten Lebensmittel ihren jeweiligen Bestimmungsort zuverlässig erreichen und daß insbesondere ihre etwaige Abwanderung auf Schleichhandels- oder Schleichversorgungswege verhütet wird.

Die nötigen Versandpapiere verschaffen sich die Verbände bei der für das betreffende Lebensmittel zuständigen Landesstelle (z. B. für Kartoffeln bei der badischen Kartoffelversorgung in Karlsruhe usw.) Die für die Einfuhr in die Städte erforderlichen Ausweise stellen die liefernden Kommunalverbände aus.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts ist ersucht worden, zu gestatten, daß sich die Lehrer — soweit sie freiwillig dazu bereit sind — in den Dienst der Sammlertätigkeit stellen und daß auch den Schulkindern freigestellt wird, mit dem Einverständnis ihrer Eltern bei den Sammlungen mitzuwirken.

Die Bezirksämter sind angewiesen, den nach obigen Gesichtspunkten zur Ausführung gelangenden Lebensmittelsammlungen des Caritasverbandes und des Vereins für innere Mission ihre Unterstützung angedeihen zu lassen.

Versorgung der Deutschen in Elsass-Lothringen mit Geld.

** Der General-Kommissar der Republik in Straßburg gibt nach Mitteilung der deutschen Waffenstillstandskommission folgendes bekannt:

„Da die Einfuhr deutschen Geldes untersagt ist, dürfen Geldsendungen an die in Elsaß-Lothringen verbliebenen Familien der deutschen Beamten, Offiziere und Unteroffiziere lediglich durch die Einsendung französischer Banknoten, oder durch Überweisung auf elsaß-lothringische Banken über neutrale Länder vor sich gehen."

Vom Tage.

(Reaktionäre Torheiten.)

Jeder Tag bringt uns neue Beweise für unsere Behauptung, daß die Politik der reaktionären Parteien, wie sie sich in ihrer Presse ausdrückt, in diesem Augenblicke geeignet nur sein kann, unsere vaterländischen Interessen aufs schwerste zu schädigen. Das Neueste vom Neuen ist, daß einzelne rechtsstehende Blätter mit verblüffender Abkehrung von ihrem bisherigen Standpunkt plötzlich die Unterzeichnung des Friedensvertrages empfehlen und dabei offenherzig genug sind, die Beweggründe, die sie dabei leiten, vor aller Welt zu enthüllen. Ihr Gedankengang ist, auf eine kurze Form gebracht, folgender: man macht die Geschichte, wie früher zur Zeit Napoleons I.; das heißt, man unterschreibt den „Tilsiter Frieden" und rüstet dann hinten herum und heimlich zum neuen Befreiungskriege.

Es ist freundlich von diesen Herrschaften, daß sie in ihrer durch nichts zu erschütternden Ehrlichkeit so treuherzig ihre Pläne enthüllen. Wie werden sich Clemenceau und Foch ins Fäustchen lachen, wenn sie derartige Artikel zu Gesicht bekommen?! Mit welcher sardonischen Freude werden sie Wilson diese Artikel zeigen und ihm klar machen, daß die Deutschen, wenn sie solche Pläne hegen, nicht nur an einem Bein, sondern gleich an beiden Beinen amputiert werden müssen?! Man möchte manchmal beinahe glauben, daß es mit Zinnsoldaten spielende Kinder sind, die solche Blätter redigieren. Sonst könnte man sich derartige Torheiten, die in diesem Augenblick doch auf eine direkte Schädigung unserer vaterländischen Interessen hinauslaufen, kaum vorstellen.

Ebenso merkwürdig muß die Nachricht berühren, daß die Oberste Heeresleitung eine Rundfrage erlassen hat, um einen klaren Überblick darüber zu gewinnen, wie die Bevölkerung sich zur Frage einer etwaigen Wiederaufnahme des Krieges stelle. Die Reichsregierung hat diese Maßnahme, sowie sie ihr bekannt wurde, natürlich sofort untersagt. Man mag nun über den Schritt der Obersten Heeresleitung denken, wie man will, jedenfalls hätte diese Rundfrage nur erlassen werden dürfen, nachdem man die Zustimmung der Reichsregierung bezw. des Kriegsministers dafür eingeholt hatte. Wir haben schon mehrfach an dieser Stelle betont, daß das Kokettieren mit der Möglichkeit einer kriegerischen Erhebung eine sehr gefährliche Tagesbeschäftigung ist, und daß ein derartiges Spiel nur dazu dienen kann, unsere Verhandlungen mit dem Feinde zu erschweren. Dabei wollen wir auf die Absurdität der ganzen Idee erst gar nicht näher eingehen. Höchstens möchten wir daran erinnern, daß Preußen im Jahre 1813 an der Seite Rußlands, Österreichs, Englands und Schwedens den Befreiungskrieg aufnehmen konnte. Heute wird wohl ein jeder, der unter dem Einflusse der Kriegspsychose nicht schon völlig den Verstand verloren hat, zugeben müssen, daß die weltpolitische Lage doch ein bischen anders aussieht. Wir haben keinen Freund, und wir haben keinen Bundesgenossen. Wir sind ein geschlagenes Volk, das der Gnade eines übermächtigen und brutalen Siegers ausgeliefert ist, und wir dürfen hoffen, nur mit Ruhe und Besonnenheit, mit Takt und Geschicklichkeit, mit Fleiß und Ordnungssinn den tödlichen Streich abzuwehren, der uns droht. Diese Erkenntnis ist furchtbar bitter, ja sie ist so, daß sie einem fast die Lust am Leben verleiden könnte; aber sie ist nicht zu umgehen. Und wir sind der Meinung, daß der am besten seinem Vaterlande dient, der seine ganze Politik von der Basis dieser Erkenntnis aus betreibt.

Eine weitere Torheit hat sich die reaktionäre Stuttgarter „Süddeutsche Zeitung" in ihrer „Badischen Rundschau" vom Sonntag, den 1. Juni, geleistet. Sie hat an der Tatsache, daß der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Emil Maier-Heidelberg, für den Posten des Landeskommissärs in Mannheim bestimmt wurde, eine Kritik geübt, die keineswegs klug ist und nur dazu führen kann, daß man sich auch heute noch, wo uns eigentlich andere Sorgen in Anspruch nehmen, der Methoden des alten, reaktionären Systems peinlich erinnert.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die „Süddeutsche Zeitung“ regt sich u. a. darüber auf, daß man in Preußen einen ehemaligen Maurer zum Regierungspräsidenten gemacht hat. Nun, wir kennen diesen Maurer nicht persönlich. Wir wissen über seine besondere Befähigung nichts. Aber eins ist sicher, daß allein die Tatsache, daß er Maurer ist, ihn in unseren Augen keineswegs als ungeeignet für den Posten erscheinen läßt. Warum sollte ein Maurer nicht das Zeug zum Regierungspräsidenten besitzen, wenn wir es unter dem alten System erleben mußten, daß die meisten hohen Beamten des Reiches, die ja dreifach gesiebt waren, für ihre Ämter oft sogar keine Befähigung mitbrachten?! So zum Beispiel hätte man unter dem alten System ebensogut einen Maurer auf die Botschafterposten in Petersburg, Rom und London setzen können! Wissen wir doch heute ganz genau, daß die damaligen Inhaber dieser Posten den Anforderungen ihres Amtes nicht gewachsen waren. Wir haben das durchaus beruhigende Gefühl, daß ein Maurer als Inhaber dieser Posten es jedenfalls nicht schlechter gemacht hätte, wie sie. Und dabei darf unser Volk dann noch immer sich sagen, daß ein solcher Maurer, falls er für sein Amt nicht ausreicht, ja jederzeit abberufen werden kann, während eine derartige Abberufung früher, unter dem alten System, eigentlich nur dann möglich war, wenn der betreffende Herr aus diesem oder jenem Grunde persönlich in Ungnade fiel.

Die „Süddeutsche Zeitung“ scheint überhaupt der Ansicht zu sein, daß auch heute noch der Mensch erst da Mensch zu sein anfängt, wo Husarenoffiziere mit dem Säbel rasseln, Korpsstudenten ihre Schmisse zeigen und von ihrem Wert überzeugte Juristen am grünen Tische die Rätsel der Weltpolitik lösen. Wir finden diese ganze Polemik der „Süddeutschen Zeitung“ unsäglich albern. Von volkstümlichem Empfinden ist sie jedenfalls weit entfernt. Und das Gefühl echter Humanität und brüderlicher Gesinnung dem Volksgenossen gegenüber vermissen wir daran schon ganz und gar. An einer anderen Stelle desselben Artikels preist die „Süddeutsche Zeitung“ den Segen der Autorität und wirft dabei folgende Frage auf:

„Kann man denn die höhere leitende Stelle auf die Dauer mit Männern besetzen, die nicht die höhere Bildung haben? Muß nicht die ganze Staats- und Gesellschaftsleitung an innerlicher Autorität verlieren, wenn man immer wieder Politiker, die nicht im Besitz höherer Bildungsqualitäten sind, in die vordersten Regierungsposten schiebt? ..... Das Regieren und Verwalten muß man gelernt haben —, gelernt mit den Mitteln der höheren Bildung und der methodisch-fachlichen Ausbildung.“

Wir möchten die „Süddeutsche Zeitung“ fragen, wie es denn dann überhaupt zu diesem Weltkrieg und zum Zusammenbruch Deutschlands kommen konnte, wenn unsere hohe Bureaukratie das Regieren und Verwalten wirklich so glänzend gelernt hatte. Die auswärtige Politik der neowilhelminischen Periode bietet jedenfalls kaum Beweisstücke dafür, daß die sogenannte „höhere Bildung“ und die methodisch-fachliche Ausbildung Dinge wären, die glänzende Leistungen auf diesem Gebiete verbürgen könnten. Wir sollten nun endlich Schluß machen mit dieser Überschätzung des Mechanischen, des Handwerksmäßigen, des Erlernbaren. Auf die Persönlichkeit kommt es an, auf die innerliche Begabung!

Was im übrigen Baden betrifft, so wollen wir der „Süddeutschen Zeitung“ gegenüber darauf hinweisen, daß selbst unter dem alten System bei uns in Baden die schlimmsten Auswüchse des Bureaukratismus nie zu spüren waren, daß bei uns eigentlich immer ein gewisser volkstümlicher, demokratischer Geist gewaltet hat. Die jetzige badische Volksregierung tut nur gut daran, wenn sie in richtiger Einschätzung dieses demokratischen Gefühls das Volkstümliche noch stärker betont und verdiente Männer aus den Parteien und aus dem Volke auch in hohe Beamtenstellen hineinversetzt. Im übrigen darf daran erinnert werden, daß auch die alte badische Regierung von keiner Partei heftiger bekämpft worden ist, als von den Konservativen der „Süddeutschen Zeitung“. A.

Politische Neuigkeiten.

Der Umschwung der Stimmung in England.

* Das „Berner Tagblatt“ verbreitet durch Extrablatt eine Meldung der „Chicago Tribune“, wonach das **gesamte englische Kabinett** gestern in Paris eine **Extrasitzung abgehalten** hat. Von englischen Führern wurde Lloyd George erklärt, daß die **wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen zu hart seien. Lloyd George erklärte, daß er auf das Festhalten an den Bedingungen keinen Wert lege.**

Die „Deutsche Allgemeine Ztg.“ schreibt: Der **Zwiespalt zwischen England und Frankreich nimmt**, wie die Mailänder „Italia“ schreibt, **immer größere Formen an. Lloyd George** hat die hervorragendsten Mitglieder seines Kabinetts in Paris versammelt und **fordert radikale Änderung des Vertrages.** Er besteht namentlich darauf, daß **Oberschlesien Deutschland erhalten bleibe.** Ferner will er die **wirtschaftlichen und finanziellen Klauseln** abgeändert wissen, besonders die Bestimmung über die **Entschädigung**, die Deutschland bezahlen soll, damit Deutschland wisse, woran es sei. Frankreich widersetzt sich allen diesen Plänen entschieden.

Auch nach Mitteilungen der gutunterrichteten „Chicago Tribune“ soll, wie der „B. P.“ aus Versailles berichtet wird, **Lloyd George versuchen**, Wilson oder Clemenceau zu **Konzessionen** im Hinblick auf die Friedensbedingungen zu **veranlassen. Wilson** wird nunmehr **als der Unerbittliche dargestellt.** Man habe sogar mehr Hoffnung, eher Clemenceau zu überzeugen, als Wilson. Es sei der Plan, von Graf Brockdorff-Rantzau zu erfahren, unter welchen Bedingungen Deutschland bereit sein würde, den Frieden zu unterzeichnen und Deutschland durch das Versprechen zu binden, die Unterzeichnung vorzunehmen, wenn diese geforderten Veränderungen erfolgt seien.

Es läßt sich zur Zeit nicht übersehen, worauf dieser **Umschwung** in der Haltung Lloyd Georges **zurückzuführen** ist. Laut Informationen aus Hamburg sollen die **Engländer** versuchen, neue **Handelsbeziehungen** mit uns anzuknüpfen. Vielleicht ist es also nicht nur der Einfluß der englischen Arbeiterpartei, der bestimmend wirkt, sondern es wird endlich klar, daß **gewisse wirtschaftliche Interessen Englands auf dem Spiele** stehen. Immerhin wird die Nachricht von dem angeblichen Entgegenkommen Englands mit Reserve aufzunehmen sein.

„Daily News“ und „Daily Telegraph“ sprechen sich in ihrer Montag-Ausgabe **für Verhandlungen mit Deutschland auch über territoriale Fragen aus.** In der „Westminster Gazette“ wird ein neuer **Schritt der liberalen Unterhauspartei in der Kriegsfrage** angekündigt.

Die Putsche im Rheinland.

* Der **Aufruf für die Rheinische Republik** ist, wie die „Frkf. Ztg.“ hört, **auf französischem Befehl** in der Druckerei des Wiesbadener Zentrumsblattes hergestellt worden. Er wurde dort um 2 Uhr nachts von französischem Militär abgeholt. Die **Polizei** erhielt sowohl in Wiesbaden und Mainz wie in anderen Orten den **Befehl**, die Plakate gegen **jederlei Beschädigung zu schützen.** In **Wiesbaden** wurden **trotzdem sämtliche Plakate** von der **empörten Bevölkerung** sofort **abgerissen**, schon um 10 Uhr morgens war nur noch ein einziger Aufruf zu bemerken und der hing am Palasthotel wo sich das **französische Offizierskasino** befindet. In **Mainz** blieb ein großer Teil der Plakate hängen, weil die deutsche Polizei mit großer Strenge gegen jeden Versuch der Beseitigung einschritt. Es wurde eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen, wobei sich besonders der **deutsche Polizeileutnant Enders** auszeichnete, der u. a. die Rechtsanwälte Dr. Ehrhardt und Dr. Meyer wegen Abreißens von Plakaten verhaften ließ.

Sonntag morgen um 7 Uhr wurde in **Wiesbaden** der **„Nassauische Ausschuß** gegen die Rheinische Republik“, die sich kürzlich gebildet hat und aus den Führern sämtlicher Parteien mit Ausnahme des Zentrums besteht, zu **dem französischen Kommandanten gerufen**, dem **Oberst Pinot.** Dieser Ausschuß hatte eine Eingabe an die französische Militärbehörde gerichtet, sie möge sich in Sachen der Rheinischen Republik nicht einseitig unterrichten lassen. Oberst Pinot fragte nun gestern morgen die Herren nach dem Zweck ihrer Eingabe. Es wurde ihm dargelegt, daß die **ganze Bevölkerung geschlossen gegen jede Sonderbündelei** sei. Die kleine Gruppe, die mit den Franzosen zusammenarbeite, habe niemanden hinter sich, sie bestehe zum großen Teile aus Leuten, die gar keine Nassauer seien. Es wurde **verlangt**, daß die **französische Behörde** sich von der **wirklichen Meinung des Volkes überzeugen solle**, sei es durch Erlaubnis öffentlicher Versammlungen, sei es durch eine Volksabstimmung. **Oberst Pinot** meinte, für alles das sei es **jetzt zu spät.** Auf die Beschwerde des Amtsgerichtsrates von Stein, es werde offenbar **Hochverrat** gegen das Deutsche Reich unterstützt, **erwiderte Pinot, er werde den Städten, die sich mit der neuen Gründung nicht abfinden wollen, die Zufuhr der Lebensmittel sperren.** Die Frage Steins: „Ist das nun die **französische Zivilisation?**“ hatte zur Folge, daß der Oberst ihn aufforderte, sich nach Hause zu begeben und seinen Paß dort zu erwarten; er werde innerhalb 24 Stunden ausgewiesen werden.

Am Montag morgen um 10 Uhr ist in Mainz und Wiesbaden die **ganze Bevölkerung in einen 24stündigen Abwehrstreik** gegen den Putschversuch der rheinischen Sonderbündler eingetreten.

Gestern früh ist die **gesamte Bürgerschaft von Höchst geschlossen in den Abwehrstreik gegen den republikanischen Putschversuch eingetreten.** Die Bewegung ging von der Arbeiterschaft der Farbwerke aus, die im gewaltigen Demonstrationszuge die Stadt durchzog. Die französische Besatzung hielt sich in ihren Quartieren auf. Die Streikbewegung griff im Laufe des Vormittags auf den **Nachbarort Nied und die Eisenbahnwerkstätte Nied** über. Das Verhalten der deutschen Behörden gegen die Putschversuche der Franzosen war mannhaft und charaktervoll.

Die „Voss. Ztg.“ meldet über die Vorgänge in Wiesbaden, daß Herr von Stein wieder freigelassen wurde. Die Arbeiterführer stellten die Bedingungen: Sofortige Verhaftung des Präsidenten Dorten wegen Hochverrats, Erklärung der Besatzungsbehörden, daß sie außerhalb der Bewegung stehe und

---

Wedekind's „Erdgeist“ im Badischen Landestheater.

Von Curt Amend.

Wedekind hat von den Frauen nichts verstanden. Sonst würde er nicht dieses Stück geschrieben haben, in dem uns die weibliche Hauptfigur, Lulu, als Prototyp ihres Geschlechtes vorgeführt wird.

Allerdings steht Wedekind mit dieser Verständnislosigkeit nicht allein da. Sie war ein Kennzeichen der letzten Jahrzehnte und erstreckte sich als eine bedauerliche Schwächeerscheinung des männlichen Geistes, nicht nur auf Mitteleuropa, sondern fast über die ganze zivilisierte Welt abendländischen Gepräges. Strindberg war auch so einer, der statt herzhaft zuzufassen, statt sich über die Dinge und über die eigene Geschlechtlichkeit zu erheben, in ewig unterwürfiger Haltung und mit ewig mißvergnügtem Nörgeln an dem Problem „Weib“ herumfingerte, ohne dabei zu einem auch nur einigermaßen klaren und richtigen Urteil zu gelangen. Entweder Engel oder Teufel, entweder Heilige oder Dirne: das blieb in den meisten Fällen die Lösung des Problems. (Bei den angelsächsischen Völkern neigte man mehr zum Engel, bei den Skandinaviern und Mitteleuropäern mehr zum Teufel.) Die Haltung des Mannes blieb im einen, wie im anderen Falle gleich mitleiderregend, dumm und schlappselig. Man durchblättere nur einmal die Romanliteratur der letzten 30 Jahre! Welch eine Fülle von imponierenden, mit kräftigen Linien gezeichneten Frauenfiguren, und daneben welch eine Fülle männlicher Jämmerlinge!

Die unausgesetzte Beschäftigung mit der Wissenschaft, die einseitige Anspannung des Intellekts hat eben in der gesamten mitteleuropäischen Kultur zu einer so trostlosen Verdorrung des natürlichen Gefühls geführt, daß man schon alleine daraus den Zusammenbruch Europas im Weltkriege ableiten könnte. Auf der anderen Seite hat sich diese Mechanisierung des Denkens und Empfindens bei den weniger anspruchsvollen Geistern umgesetzt in den nackten Materialismus des Gelderwerbs, in einen Materialismus, der von vornherein das Weib nur als käufliche Ware betrachtet.

Wir wollen wünschen, daß, wenn einer späteren Zeit Wedekinds „Erdgeist“ in die Hand gerät, diese Zeit sich kopfschüttelnd fragen wird, ob denn wirklich das Weib um die Wende des 19. und 20. Jahrhunderts derartige Züge aufwies, wie sie uns in der Figur der Lulu entgegentreten. Und ich befürchte, daß diese spätere Zeit bei aller Achtung vor dem ehrlichen Wollen Wedekinds, vor seiner grandiosen, ganz aufs Soziologische gerichteten dramatischen Gestaltungskraft doch zu dem Ergebnis gelangen wird, daß es lediglich Ausgeburten einer vom Geist der sexuellen Hörigkeit angesteckten Dichterphantasie sind, die uns hier als typische Figuren gezeigt werden.

Wenn Wedekind das Erlebnis „Frau“ im Innern wirklich so empfand, wie er es im „Erdgeist“ und in den meisten seiner anderen Dramen dargestellt hat, so muß man den Armen bedauern, der nie die Köstlichkeit männlichen Selbstbewußtseins, persönlichen Machtgefühls dem Weibe gegenüber genoß, und der nie imstande war, sich an den feinen, geistigen und sinnlichen Süßigkeiten der Frauen zu berauschen, ohne dabei befürchten zu müssen, daß sein Rivale oder Nachfolger bereits unter dem Sofa lag, auf dem er seine Lulu herzte und küßte. Beklagenswerter Wedekind! Beklagenswerte Männer der Jahrhundertwende! Ihr waret zu dumm und zu verbildet, um das Seelische in der Frau, das Mütterliche, das uns mit tiefer hingebender Liebe Umfangende zu verstehen. Ihr saßet nur das Tier. Aber ihr waret nicht einmal stark genug, um dieses Tier zu eurer Freude und zu eurem Ergötzen zu zähmen und zu bändigen.

In der „Büchse der Pandora“, dem zweiten Teil des „Erdgeist“, ist von Wedekind, allerdings ganz zum Schluß und ganz episodenhaft, der Mann gezeichnet worden, der von Anfang an der richtige Bändiger für Lulu gewesen wäre: Jack the Ripper, auf deutsch „Jack der Bauchaufschlitzer“, der berüchtigte Londoner Lustmörder aus den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Der Mann dieses Typs, der brutale Zuhälter und Lustmörder — das wäre der richtige Gefährte einer Lulu gewesen, wenn wir schon annehmen wollen, daß sich derartige Lulus in unserer Welt herumtreiben. Und diese Annahme wird von Kennern mit Wucht vertreten. Aber deswegen bleibt Lulu doch immer eine Ausnahmeerscheinung, sie bleibt die Dirne mit der „moral insanity“, und sie darf dies bleiben und Legionen von Männern zugrunde richten, weil die Männer es nicht besser haben wollen, und weil die Männer in den meisten Fällen weder das feine psychologische Verständnis eines Goethe, noch die brutale Faust eines Jack the Ripper besitzen, um mit ihnen fertig zu werden. Pierre Louys, der geistvolle Franzose, hat in einem seiner glänzenden Romane mit dem bezeichnenden Titel „Das Weib und der Hampelmann“ dem Manne der jüngstverflossenen Zeit in klassischer Weise den Spiegel vor das Antlitz gehalten. Hampelmänner, nichts als Hampelmänner! Alle zusammen nicht den Bindfaden wert, an dem sie gezogen werden!

Nach dem hier Gesagten ist es ohne weiteres klar, daß die Rolle der Lulu auch der begabtesten und gefühlsreichsten Darstellerin eine Aufgabe stellt, die meines Erachtens restlos befriedigend überhaupt nicht zu lösen ist. Wie hat sich nun gestern Ruth Linke mit dieser Aufgabe abgefunden? In ihrer Darstellung blieb, um das vorwegzunehmen, insofern ein gewisses Manko, als es ihr nicht gegeben war, das schlechthin Gemeine und Infernalische im Wesen der Lulu klar herauszuarbeiten. Ruth Linke besitzt zu viel Kultur der Seele, des Geistes und des Körpers, um die abstoßende und ekelerregende moralische Inferiorität der Lulu völlig in Erscheinung treten zu lassen. Aus diesem Nachteil entsprang aber der Vorteil, daß uns durch ihr Spiel die ganze Gestalt doch menschlich näher gebracht und ästhetisch erträglich gemacht wurde. Und das ist auch ein künstlerisches Verdienst. Von dieser kritischen Bemerkung abgesehen, war die Leistung von Ruth Linke ganz vortrefflich. Sie zeichnete diese abnorme Frauenfigur mit einer Natürlichkeit und Grazie, mit einem Takt und einer Sicherheit, daß unsere Aufmerksamkeit von vornherein für die Vorgänge auf der Bühne gewonnen wurde. Das Weibchen zeigte sich uns in völlig entfesselter Nacktheit. Ebenso packend aber wirkte auch die Darstellung der zerstörenden Kräfte in diesem Weibe, jener stellenweise fast dämonischen, sexuell verankerten Überlegenheit, der sich ein ganzes Geschlecht anbetend, das tödliche Gift bereits im Herzen tragend, zu Füßen wirft. Gewiß bleibt selbst bei einer genialen Darstellung der Rolle — das ist aber allein die Schuld des Dichters — das Letzte unerklärt: auch die holdseligste Verführung, auch die raffinierteste und schmeichlerischste Sinnlichkeit in Wort und Gebärde wird nur dann solche Triumphe, wie sie uns hier gezeigt werden, erzielen können, wenn man auf die männlichen Gegenspieler das bekannte Wort im umgekehrten Sinne anwenden darf: „Schwachheit, dein Name ist Mann!“ Jedenfalls hatte die Darstellung von Fräulein Linke jenen großen, echt künstlerischen Stil, der uns alle diese Einwendungen vergessen läßt und uns hineinzwingt in den Zauberkreis einer eigenartigen und fesselnden weiblichen Persönlichkeit, einer Persönlichkeit, in der sich Kultur und Wildheit, Geist und Materie, Nervenmensch und Sinnentier zu einer Synthese von berückender Wucht vereinigen.

Die Aufführung als solche, für die Dr. Roenneke verantwortlich zeichnete, war außerordentlich sorgsam vorbereitet; sie wirkte so unmittelbar frisch und so ursprünglich gediegen auf das Publikum, daß auch der äußere Erfolg von Anfang an als sicher gelten durfte. Dr. Roenneke hat sich mit diesem neuen Beweis einer ungewöhnlichen, regietechnischen Begabung einen Gedenkstein errichtet, den auch der wilde Sturmatem der Zeit nicht so bald wird zerstören können.

In der Besetzung der Rollen war allerdings ein Fehler unterlaufen. Herr Bürkner, dessen Talent ich schätze, erwies sich als ungeeignet für die Rolle des Doktor Schön. Ich bin überzeugt, daß Herr Baumbach an seiner Stelle mehr geboten hätte. Für den Alwa ist Herr Schönfeld nicht jung genug. Dafür durfte aber die reife, aus innerstem Erleben herausgeborene Darstellungskunst dieses in seiner Art hervorragenden Schauspielers im dritten Akte den Zusammenbruch Alwas um so erschütternder vor unser Auge bringen. Eine Meisterleistung erlesenster Charakterisierungskunst war der Schigolch des Herrn Gemmecke. Ich glaube nicht, daß diese Rolle auf einer deutschen Bühne jemals besser gespielt worden ist. Den Maler gab Herr Esser mit jener feinen Natürlichkeit und posefeindlichen Schlichtheit, die diesen Künstler so auszeichnet. In einer Nebenrolle bewies uns wieder Herr Schwall sein starkes ursprüngliches Talent, ein Talent, das auf der Grundlage echten künstlerischen Ergriffenseins erwächst.

Das Publikum hat das interessante Stück, obwohl es für Karlsruher Begriffe immerhin ein bischen „kraß“ ist, mit vielem Beifall aufgenommen. Das Drama könnte zum Theaterkassenstück werden, und die Kinoinhaber der Stadt würden seine Existenz vor leeren Bänken mit Trauer im Herzen empfinden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Genehmigung öffentlicher Volksversammlungen. Diese Forderungen wurden abgelehnt.

Der **Proteststreik** der Arbeiter- und Bürger hat bei den **Franzosen tiefen Eindruck gemacht.** Sie sind **enttäuscht,** daß die versprochenen 80 Prozent Anhänger der rheinischen Republik nicht in die Erscheinung getreten sind.

Von der Tätigkeit der neuen Regierung ist außer dem anonymen Aufruf bisher nichts zu bemerken. Der Presse ist es verboten, Äußerungen gegen die Republik zu bringen. **General Mangin** betonte, daß er auf der **rheinischen Republik bestehe** und stellt der Bevölkerung wesentliche Erleichterungen namentlich hinsichtlich der Markvaluta in Aussicht. **Pinot gibt bekannt, daß die Bevölkerung** über die Gründung einer rheinischen Republik **befragt werden solle. Auf Grund dieser Erklärung** wurde der **Generalstreik aufgehoben.**

Deutsche Protestnote an Foch.

Über den Landesverrat am Rhein hat der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission, Reichsminister Erzberger, an den Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa, Generalmajor Frhr. v. Hammerstein, heute gedrahtet:

„Ersuche Sie, noch heute folgenden **Protest** an Marschall Foch durch den General Nudant überreichen zu lassen:

Der deutschen Regierung sind glaubwürdige Nachrichten darüber zugegangen, daß **französische Besatzungsbehörden** im linksrheinischen Gebiete unter **Mißbrauch** der ihnen durch den Waffenstillstand eingeräumten Befugnisse **hochverräterische Bestrebungen** in den besetzten Gebieten **fördern und unterstützen.** Die deutsche Regierung bedauert lebhaft, daß sie infolge der Maßnahme der Alliierten nicht in der Lage ist, direkte Untersuchungen über die ihr zugegangenen Nachrichten in den besetzten Gebieten anstellen zu lassen. Sie muß sich daher auf die ihr zugegangenen glaubwürdigen Nachrichten stützen.

Hiernach haben politisch einflußlose Persönlichkeiten, die keinerlei Auftrag vom Volke hatten, wiederholt Verhandlungen über die Ausrufung einer rheinischen Republik und deren Loslösung vom Deutschen Reiche und zwar mit den französischen Offizieren General **Mangin,** General **Gerard,** Oberst **Pinot** sowie Hauptmann **Rostane** geführt. Französische Besatzungsbehörden haben auch gestattet, daß am 1. Juni **Plakate** über die Ausrufung einer rheinischen Republik angeheftet werden durften, während andere Besatzungsbehörden es verboten haben, die am 29. Mai von der deutschen Regierung ergangene Warnung vor hochverräterischen Umtrieben zu veröffentlichen.

Nach den bis jetzt der deutschen Regierung bekanntgewordenen Nachrichten wurde am Sonntag vormittag ein Aufruf zur Gründung einer rheinischen Republik in Mainz plakiert unterzeichnet von namenlosen, unbekannten Ausschüssen. Die **Bevölkerung** hat, um ihren Widerspruch zum Ausdruck zu bringen, die meisten **Plakate wieder abgerissen. Französische Militärbehörden sind dagegen eingeschritten u. haben Deutsche, welche Plakate beseitigten, verhaftet** und bis zur Stunde **noch** nicht wieder freigegeben. Bei einer Besprechung, welche der nassauische Ausschuß gegen die rheinische Republik mit dem **Obersten Pinot** hatte, hat dieser einem deutschen Beamten, der pflichtgemäß darauf aufmerksam machte, daß die französischen Militärbehörden einen Hochverrat gegen das Deutsche Reich unterstützen, erwidert, **er werde den Städten, die mit der Gründung der neuen Republik sich nicht abfinden würden, die Lebensmittel absperren lassen** und hinzugefügt, daß jener Beamte innerhalb 24 Stunden aus dem besetzten Gebiete ausgewiesen werden würde.

Nach amtlichen Mitteilungen ist **Regierungspräsident von Winterstein,** der höchste Verwaltungsbeamte der Pfalz, von den französischen Okkupationsbehörden aus der Pfalz **ausgewiesen** worden. Französische Okkupationsbehörden haben weiterhin zwei Depeschen des Staatsanwaltes Dr. **Dorten** in Wiesbaden, der sich aus eigenem den Titel eines Präsidenten der neuen Republik beigelegt hatte, an die Friedenskonferenz der alliierten und assoziierten Mächte in Paris entgegengenommen, in welchem er gebeten hat, nach Paris zu Verhandlungen kommen zu dürfen.

Diese Handlungen **französischer Okkupationsbehörden stehen in schärfstem Widerspruch zu den Waffenstillstandsbedingungen** vom 11. November 1918 und zu den wiederholten **Erklärungen, die Marschall Foch** gegenüber dem Unterzeichneten bei den Erneuerungen des Waffenstillstandes **abgegeben** hat.

Das **Verhalten der französischen Militärbehörden stellt die schwerste Verletzung völkerrechtlich übernommener Verpflichtungen dar.** Die deutsche Regierung legt gegen dieses Verhalten **schärfsten Protest** ein und erwartet, daß namentlich in den Zeiten der Friedensverhandlungen seitens der Okkupationsbehörden alles unterlassen wird, was dazu führen müßte, den erfolgreichen Verlauf der Friedensverhandlungen zu stören. Als Anlage zu diesem Protest bitte ich die beigefügte, soeben einmütig beschlossene **Kundgebung** der Abgeordneten der Rheinlande zu der deutschen Nationalversammlung und er preußischen Landesversammlung gegen die Ausrufung von Sonderrepubliken in Westdeutschland ebenfalls dem General Nudant zur Weitergabe an Marschall Foch zu überreichen. gez. Reichsminister **Erzberger.**"

Grosse Kundgebungen in der Pfalz.

* In allen **größeren Städten der Pfalz** fanden am Montag nachmittag **große Kundgebungen** statt. In den Demonstrationszügen, in denen sich je nach der Größe der betreffenden Städte Tausende von Personen, hauptsächlich Arbeiter beteiligten, bekundeten die Teilnehmer in ruhiger Haltung ihr Deutschtum und **protestierten gegen die Errichtung einer selbständischen pfälzischen Republik.** In **Speyer** nahmen etwa 15 000, in **Ludwigshafen** etwa 30 000 Personen an den Demonstrationen teil. Viele Betriebe waren geschlossen. Alles verlief in Ruhe. Gestern wurde überall wieder gearbeitet.

In **Ludwigshafen** wurde eine **Resolution** angenommen, in der es u. a. heißt: „In der letzten Zeit sind Bestrebungen im Gang, die Pfalz als selbständige Republik von Deutschland abzutrennen. Einige Personen, welche in diesem Sinne tätig sind, haben nun, trotzdem die pfälzische Bevölkerung in ihrer Mehrheit diesen Bestrebungen ablehnend gegenübersteht, versucht, durch einen Putschversuch zu ihrem Ziele zu kommen. Bei diesem Anlaß hat sich Herr Dr. **Haaß** angemaßt, im Namen der gesamten Bevölkerung zu sprechen. Die Versammlung sieht sich veranlaßt, heute auf das energischste die Meinung kund zu tun, daß sie gewillt ist, mit Entrüstung alle diese Bestrebungen zur Absplitterung energisch zurückzuweisen. Die Versammlung protestiert dagegen, daß Herr Haaß sich erlaubt hat, im Namen der Bevölkerung zu sprechen. Die Versammlung tritt aus wirtschaftlichen, politischen und vaterländischen Gründen dafür ein, daß die Pfalz bei Deutschland verbleibt.

Belagerungszustand in Düsseldorf und Duisburg.

* Über den Düsseldorfer Stadt- und Landkreis und über Duisburg ist laut W.T.-B. der Belagerungszustand verhängt worden.

Levinè zum Tode verurteilt.

* Vom Standgericht München wurde nach zweitägiger Verhandlung der 1883 in Petersburg geborene Redakteur Dr. Eugen **Levinè,** badischer Staatsangehöriger, jüdischer Konfession, **wegen Hochverrats zum Tode verurteilt.** Der Mitangeklagte Architekt Wilhelm **Zimmer** wurde wegen Beihilfe zum Hochverrat **den ordentlichen Gerichten** überwiesen. Von den übrigen Angeklagten wurden Professor Dr. **Salz** und der Maler Bodo **Schmitt** kostenlos freigesprochen. Die gegen sie erlassenen Haftbefehle wurden aufgehoben.

Die Streikbewegung in Frankreich.

* Die Arbeiterbewegung in Frankreich nimmt weiter zu. Laut „Matin" hat die Streikbewegung der **Bergwerksarbeiter in Nordfrankreich** über Nacht wieder an Umfang zugenommen. **Es streikten dort gestern vormittag mindestens 82 000 Bergarbeiter. Die Bergarbeiterverbände im übrigen Frankreich beschlossen, am 16. Juni den Generalstreik** zu erklären, falls bis dahin nicht alle ihre Forderungen durchgesetzt seien. Die **Angestellten der Pariser Warenhäuser** rühren sich ebenfalls. Im Warenhaus „Printemps" wurde gestern der **Generalstreik** erklärt. 5000 Angestellte traten die Arbeit nicht an. Auch in der Provinz streiken zahlreiche Arbeiterorganisationen.

„Populaire" meldet, daß auch die **Fachbauarbeiter** und die **Flugzeugarbeiter** in den Pariser Betrieben sich dem **Metallarbeiterausstand angeschlossen** haben. Insgesamt sind **370 000 Arbeiter ausständig.**

Revolution in Kanada.

* Von der Schweizer Presse veröffentlichte Meldungen der Exange Telegraph Company weisen darauf hin, daß die kanadischen Behörden über die Fortschritte der Streikbewegung stark beunruhigt seien. Der Staatsminister Robertson habe erklärt, der **Streik** habe den **Umfang einer wirklichen Revolution angenommen.** Wenn die Arbeiterführer die 253 000 Arbeiter der Syndikate zur Niederlegung der Arbeit bestimmten, befände sich Canada in einer Lage, deren Ernst nicht übersehen werden könnte.

„Daily Herald" meldet: Ein **britisches Geschwader,** bestehend aus einigen Kreuzern und Torpedobooten mit einer Besatzung von 3- bis 4000 Mann, ist nach der **kanadischen Küste** in See gestochen. Über das **kanadische Territorium ist der Belagerungszustand** verhängt. Die bei der britischen Regierung eingelaufenen Nachrichten aus Kanada lauten besorgniserregend und lassen den Ausbruch einer **Revolution mit bolschewistischem Charakter** erkennen.

Dem „Telegraaf" zufolge meldet der Korrespondent der „Times" aus Toronto, daß in den dortigen **Arbeiterräten die sozialdemokratischen Elemente die Regierung an sich gerissen** haben.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

* Wie wir hören, wird der **Landtag** am Mittwoch den 11. Juni, nachmittags 4 Uhr zu einer **Sitzung** zusammentreten. Die Tagesordnung umfaßt u. a. die Interpellation Königsberger und Gen. (Soz.) über die **Reform der Universitätsverfassung.** Die Interpellation wurde am 5. März eingebracht und lautet: „Eine Reform der Universitätsverfassung ist in Vorbereitung. Bei der Bedeutung der Universität als Bildungsstätte für künftige höhere Beamte, Rechtsanwälte, Lehrer, Ärzte bedarf eine solche Reform eingehender Prüfung. Nicht nur die Verwaltung der Universität durch die Dozenten, auch die Gebühren für Unterricht und Examina und ihre Verwendung, die Ermöglichung des Studiums für Unbemittelte, ferner der Lehrplan, die Arbeitsbeschaffung für die ausgebildeten Akademiker, die Berufsberatung auf den Mittelschulen und vieles andere muß den heutigen sozialen Bedingungen entsprechend rechtzeitig umgeändert werden. Eine paritätische Besetzung der Lehrstühle in denjenigen Fächern, die je nach der Weltanschauung verschieden gelehrt werden, ist erforderlich, namentlich da die Angliederung der Volkshochschule an die Universität in Aussicht genommen wird. Gedenkt die Regierung der Volksvertretung die Mitwirkung an der Reform zu ermöglichen?"

Schulfragen im Verfassungsausschuss.

* Der **Verfassungsausschuß** des badischen Landtags befaßte sich am Schlusse seiner Montagssitzung, wie auch in den Beratungen am Dienstag vormittag mit weiteren **Schulfragen.** In der Besprechung wurde allgemein daran festgehalten, daß die **Volksschule mit Abschluß des 6. Lebensjahres beginnen** soll. Sie soll auch weiter an **Ostern beginnen und enden,** obgleich die Mehrzahl der Mitglieder des Verfassungsausschusses der Ansicht war, daß eine Einheitlichkeit des Anfangs für Volks- und Höhere Schule unbedingt zu erstreben sei. Schon aus technischen Gründen sei für das Reich eine einheitliche Regelung herbeizuführen.

Die **Frage der Bürgerschule** wurde dann in der Sitzung am Dienstag nochmals aufgegriffen. Der Verfassungsausschuß beschloß hierzu: Bürgerschulen für Knaben und Mädchen mit dem Lehrplan Höherer Lehranstalten gelten hinsichtlich der Erhebung des **Schulgeldes** mit Ausnahme der vier ersten Schuljahre als Höhere Lehranstalten.

Sodann wurden die noch nicht erledigten Fragen des **Religionsunterrichts** behandelt. In Bezug auf einen anderweitigen Religions- oder Sittenunterricht für solche Kinder, die aus dem pflichtmäßigen Religionsunterricht herausgenommen werden, stellte sich der Ausschuß auf denselben Standpunkt wie bei den Verfassungsberatungen, dahingehend, daß diese Dinge dem neuen Schulgesetz zu überlassen sind.

Aus den neuen Bestimmungen des § 18 Abs. 3 der Verfassung ergibt sich auch eine **Neuorientierung bezüglich des Lehrerseminare.** Von Zentrumsseite wurde energisch dafür eingetreten, daß Kandidaten, die keinen staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften angehören, auch in das Lehrerseminar nicht aufgenommen werden können. Von Vertretern anderer Parteien, wie auch von dem Kultusminister wird dagegen scharf Stellung genommen. Die Mehrheit des Ausschusses ist der Ansicht, daß es sich dabei nur um geringe Ausnahmefälle handeln könne und kein Hindernis für die Aufnahme in das Seminar vorhanden sei. Das verlange die freie Gleichberechtigung, besonders in § 9 der Verfassung.

Der Verkehr mit Heu aus der Ernte 1919.

* Amtlich wird uns geschrieben:

Das Ministerium des Innern hat durch Verordnung vom 31. Mai 1919 die Versteigerung von Heu- und Ohmdgras, Klee aller Art, sowie von Kleegrasgemenge auf dem Halm sowie nach dem Schnitt verboten.

Es war beabsichtigt, die diesjährige Rauhfutterernte von jeder behördlichen Regelung frei zu lassen. Die frühzeitige Erschöpfung der Rauhfuttervorräte aus der Ernte 1918 und die ungünstigen Aussichten, (infolge der Trockenheit) für die Rauhfuttererntе 1919, haben jedoch in den letzten Tagen bei den Versteigerungen von Heugras Angebote von unsinniger Höhe gezeitigt, so daß ein behördliches Einschreiten unbedingt geboten ist. Da erfahrungsgemäß öffentliche Versteigerungen besonders geeignet sind, bei geringem Angebot und großer Nachfrage übermäßig hohe Preise herbeizuführen, so war das Versteigerungsverbot unumgänglich notwendig. Den staatlichen und Gemeindebehörden, Stiftungen, Standes- und Grundherrschaften, welche das Erträgnis ihrer Futterländereien bisher zu versteigern pflegten, wird empfohlen, das Erträgnis ihrer Futterländereien in möglichst kleinen Losen freihändig zu angemessenen Preisen zu vergeben. Bei der Vergebung sollten möglichst nur solche Viehhalter berücksichtigt werden, welche ihren Bedarf an Rauhfutter aus dem eigenen landwirtschaftlichen Betrieb nicht zu erzielen vermögen. Eine Abgabe an Weiterverkäufer soll nicht stattfinden.

Gegen den Gewaltfrieden.

* Im großen Festhallesaal zu Karlsruhe veranstaltete gestern der Reichsbund für Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebene eine Protestversammlung gegen den Gewaltfrieden, in der Bundessekretär Dr. Foth aus Berlin über die Bestrebungen und Forderungen des Bundes sprach und dabei darauf hinwies, daß alle noch so gerechten Forderungen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen niemals erfüllt werden könnten, wenn der Schmachfriede von Versailles zustande kommen sollte. Im Anschluß an die zweistündigen Ausführungen des Redners wurde die folgende **Entschließung** einstimmig angenommen:

„Die versammelten Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen des Reichsbundes, sowie zahlreich erschienene Bürger und Bürgerinnen von Karlsruhe **protestieren auf das schärfste gegen den von der Entente diktierten Gewaltfrieden.** Dieser bedeutet für die Kriegsopfer Vergrößerung des schon bestehenden Elends, für die Schwerbeschädigten, Witwen und Waisen den sicheren Hungertod.

Der Imperialismus der Entente trägt ebenso sehr Schuld an der Entfesselung des furchtbaren Völkermordens, als die deutschen Kriegshetzer, die am 9. November abgeschüttelt worden sind. Darum protestieren wir auf das schärfste gegen die Bestimmung des Friedensvertrages Artikel II, 144 und Artikel II, 244 Anlage 1, wonach die an die Angehörigen der gegnerischen Staaten zu zahlenden Renten auf Deutschland abgebürdet werden sollen, da dadurch die soziale Regelung der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenansprüche in Deutschland undurchführbar gemacht wird.

Von der deutschen Regierung erwarten wir daher nachdrücklichst Vertretung unserer Rechte. Von der ganzen Welt fordern wir Anerkennung unserer Daseinsberechtigung. Unschuldig an dem furchtbaren Morden fordern wir Witwen, Waisen und Kriegsbeschädigten auch im Namen der Toten einen Frieden, der den Grundsätzen gerecht wird und die Kriegsopfer nicht zu Bettlern und Sklaven herabgedrückt. Wir gedenken der Leiden unserer gefangenen Brüder und fordern sofortige Herausgabe.

Wir protestieren gegen alle Versuche, die die Menschheit in ein neues Morden und in noch größeres Elend hineinstürzen. Nicht Unterdrückung, sondern Recht und Gerechtigkeit hat für uns zu gelten. Die Kriegsopfer aller Länder fordern wir als Leidensgenossen auf, sich unserem Protest anzuschließen und die Ketten zu sprengen, in die uns eine Gewaltpolitik geschlagen hat."

Die hochverräterischen Treibereien im Hanauerland.

* Zu den Treibereien im Hanauerland wird der „Bad. Landesztg." noch mitgeteilt, daß **von Legelshurst ein Gesuch an den französischen Senat** eingegangen ist, **um Übernahme des besetzten Gebiets in den französischen Staatsverband.** Das Gesuch trägt 27 Unterschriften, die einzelnen Namen sind nicht bekannt. Zu den Haupttreibern gehört außer den schon Genannten der Kaufmann **Weber** in Kehl. Durch die französischen Militärbehörden ist der Gemeinde Kehl die Auflage gemacht, einen Reitweg zu erstellen, da Kehl eine große französische Garnison werden würde.

Baurat Hermann Frey †.

* Man schreibt uns:

In Offenburg ist dieser Tage der langjährige Vorstand der dortigen Wasser- und Straßenbauinspektion, Baurat Hermann **Frey** aus Müllheim i. B. im Alter von 71 Jahren gestorben. Er war 1872, nachdem er den Krieg 1870/71 mitgemacht hatte, als Ingenieur-Praktikant in Bonndorf in den Dienst der Wasser- und Straßenbauverwaltung eingetreten, kam 1876 nach Waldshut, wo er bei der Bauleitung der neuen Schlüchttalstraße beschäftigt war und wurde nach zeitweiser Verwendung in Emmendingen und Wolfach 1888 als Bezirksingenieur zur Inspektion Offenburg versetzt. 1891 wurde er Dienstvorstand in Donaueschingen und 1906 in Offenburg. Während 47 Jahren hat er seine ganze Arbeitskraft dem Staat gewidmet und überall, wo er tätig war, erfolgreich gewirkt; in glücklicher Weise hat er es stets verstanden, die Interessen der staatlichen Verwaltung zu vereinen mit den Wünschen der Bevölkerung. Durch seine langjährige Erfahrung und reichen Kenntnisse hat er auch der Kreisverwaltung bei der Fürsorge für das Straßenwesen sehr wertvolle Dienste geleistet, und viele Gemeinden verdanken ihm sachkundigen Rat und tatkräftige Mitarbeit. In allen Kreisen der Bevölkerung und vor allem bei seinem Personal erfreute er sich infolge seiner trefflichen Charaktereigenschaften der größten Beliebtheit. Ein tüchtiger Ingenieur, ein braver gewissenhafter Staatsbeamer, ein aufrechter, liebenswürdiger Mensch ist mit dem Verstorbenen dahingegangen, dem alle, die ihn kannten, über das Grab hinaus ein treues Gedenken bewahren werden.

Ein Weinbauinstitut in Freiburg.

* Der frühere Landtagsabgeordnete des Markgräfler Landes Dr. Bock und verschiedene in weinbautreibenden Kreisen bekannte Persönlichkeiten haben sich, wie aus Müllheim berichtet wird, zusammengeschlossen, um die Errichtung eines Weinbauinstituts in Freiburg in Anlehnung an die dort schon bestehende staatliche Rebzuchtanlage zu fördern. Der Gedanke der Gründung eines badischen Weinbauinstituts wurde schon vor Jahren immer wieder auch im badischen Landtag vertreten, ohne jedoch bei der damaligen Regierung der Verwirklichung nahegeführt zu werden.

Aus der Landeshauptstadt.

Kunstnachrichten. In der Galerie Moos bringt die 41. Sonderausstellung im Monat Juni 1919 Gemälde von Prof. Caspar Ritter, Prof. E. Schurth †, Paul Wehrle, sowie moderne Graphik von Dora Bromberger-München. Außerdem sind mit neuen Werken vertreten: Prof. W. Conz, W. Hempfing, G. Kullrich, Adolf Luntz und Prof. H. v. Volkmann.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badisches Landestheater.

Donnerstag, den 5. Juni 1919 (Do. 34.)

Das Extemporale

Anfang 7½ Uhr

Städtisches Konzerthaus.

Donnerstag, den 5. Juni 1919

Die Rose von Stambul

Anfang 7 Uhr

Eintrachtsaal

Donnerstag, den 5. Juni 1919,
abends 8½ Uhr:

TÄNZE
von
Finnie Rée

Kostüme nach Künstler-Entwürfen.
Am Flügel:
Herr Kapellmeister **Willy Eder.**
Konzertflügel Steinway & S. a. d. Lager H. Maurer
Preise: Mk. **6.60, 5.50, 4.40, 3.30 u. 2.20,** einschließlich Luxussteuer, in der Hofmusikalienhandlg.
F. Doert, Kaiserstraße 159.

Das Podium ist so erhöht worden, daß das verehrl. Publikum dasselbe von jed. Sitzplatz bequem übersehen kann

Magirus, Ewald & Lieb
G.m.b.H. Feuerwehrgeräte-Fabriken
•• Ulm a. D. 21 ••
empfehlen sich zur Lieferung von
Ausrüstungsgegenständen u. Geräten
Um beim Uebergang in die Friedenswirtschaft Entlassungen von Arbeitern u. Hilfskräften nach Möglichkeit zu begegnen, bitten wir, uns namentlich Aufträge auf
mechan. Leitern
baldmöglichst zukommen zu lassen.

Größ. Reparaturen an Waffen
Einlegen neuer Läufe, Umschäftungen, Fernrohrmontagen werden in kürzester Zeit ausgeführt. **Anfertigung von Doppelflinten, Drillingen usw. nach besonderen Angaben.**
Reinhold Andrée, Inh. W. Demand,
Gewehrfabrik Karlsruhe, Suhl in Thür. G270

In Darmstadt gelegenes
größeres Fabrikanwesen
mit Kraft- und Lichtanlagen nebst Wohnung sowie Gemüse- und Obstgarten direkt an einer Verkehrsstraße gelegen, unter günstigen Bedingungen
sofort zu verkaufen.
Das Anwesen ließe sich auch als Baugelände sehr gut verwerten und ist für jeden Fabrikbetrieb geeignet. Interessenten erhalten nähere Auskunft durch **Darmstädter Radfabrik H. Portune, Darmstadt,** Frankensteinstr. 33, Telephon 2929. G.553

Altertümer:
Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickereien, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken, sucht fortwährend zu kaufen
Antiquar Sasse, Kaiserstr. 233. Tel. 1154

Entlassungsanzüge.

Die Ansprüche einer großen Anzahl entlassener Mannschaften auf einen Entlassungsanzug haben bislang trotz der Bemühungen aller in Frage kommenden Dienststellen noch nicht befriedigt werden können. Dies ist nicht allein im Bereich des XIV. Armeekorps der Fall, sondern fast bei allen Armeekorps. Weiterer großer Bedarf kommt nun noch hinzu.

a. durch die durch die Reichsregierung jetzt erfolgte Bewilligung eines Entlassungsanzuges an in der Zeit vom 1. Juli 1916 bis 9. November 1918 mit Versorgungsberechtigung entlassene Kriegsbeschädigte mit niedrigem Einkommen. Auskunft hierüber geben die Bezirkskommandos;
b. für unsere Kriegsgefangenen, mit deren baldiger Rückbeförderung wir jetzt rechnen müssen.

Daß für die Kriegsbeschädigten und die aus langer entbehrungsreicher Gefangenschaft Zurückkehrenden in erster Linie gesorgt werden muß, unterliegt keinem Zweifel und wird wohl jeder alte Soldat für diese Kameraden die Befriedigung seines Anspruchs gerne noch hinausschieben.

Die Bezirkskommandos werden deshalb vorerst Entlassungsanzüge nur noch ausgeben an:

1. bedürftige Kriegsbeschädigte,
2. Linksrheiner und Schweizer, soweit Einreise dorthin nachweislich feststeht,
3. besonders bedürftige bisherige Heeresangehörige. Bedürftigkeit muß durch die Ortspolizeibehörde anerkannt sein.

Die Ausgabe an alle anderen Anspruchsberechtigten wird von den Bezirkskommandos bekannt gegeben werden.

Generalkommando des XIV. A.-K.
Für den Chef des Stabes: Beck, Major.
Landesausschuß der Soldatenräte Badens.
Matthes.

Badische Lokal-Eisenbahnen Akt.-Ges.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zu der G.575

21. ordentlichen General-Versammlung

welche am **Montag, den 30. Juni 1919, vormittags 11 Uhr,** in **Karlsruhe** in unserem Geschäftsgebäude, **Ettlingerstraße 53,** stattfindet, eingeladen.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
2. Vorlage der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.
3. Beschlußfassung über Genehmigung der Abschlußrechnung und Erteilung der Entlastung an Vorstand und Aufsichtsrat.

Die Aktien oder die darauf bezüglichen Depotscheine der Reichsbank sind gemäß § 26 der Satzung spätestens 5 Tage vor der Generalversammlung, den Tag der Hinterlegung und der Generalversammlung nicht mitgerechnet, vor 6 Uhr abends zu hinterlegen bei der **Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin, Direction der Disconto-Gesellschaft, Berlin, Rheinische Creditbank in Mannheim und Karlsruhe, Deutsche Bank, Filiale Frankfurt a. M., Sal. Oppenheim jr. & Co., Köln a. Rh., A. Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G., Köln a. Rh., Wm. Schlutow, Stettin.**

Karlsruhe, den 3. Juni 1919.

Der Aufsichtsrat.
gez. Koelle, Geh. Kommerzienrat.

Tapeten
Reichhaltige Auswahl.
H. DURAND
Douglasstraße 26, Telephon 2435. Bei der Hauptpost. Übernahme von **Tapezierarbeit. Musterkollektion steht zu Diensten.**

Herrenalb.
Zwei elegant möblierte **Zimmer** in schöner Lage, in direkt am Walde gelegenen Hause, sind über die Pfingstfeiertage eventl. mit ganzer Pension zu vermieten. Off. u. G. 563 a. d. Exped. d. Karlsruher Zeitung erbeten.

Taschenuhren
wenn auch reparaturbedürftig, werden stets **angekauft** in F988
Weintraubs
An- und Verkaufsgeschäft, Kronenstraße 52.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

Aufgebot.

M.555.2. **Heidelberg.** Der Tüncher **Adam Apfel** und dessen **Ehefrau Elisabeth geb. Finzer,** beide wohnhaft in Dossenheim, vertreten durch Georg Unger, Hilfsbeamter in Dossenheim, die im Grundbuch Dossenheim Band 34 Heft 34 als Miteigentümer zu je ½ des Grundstücks Lgb. Nr. 570 eingetragen sind, haben gemäß § 1170 BGB. das Aufgebot beantragt zwecks Ausschließung der Rechte, die dem Sigmund Oppenheimer, zuletzt in Stuttgart, Paulinenstraße Nr. 18 wohnhaft, oder seinen Rechtsnachfolgern auf Grund der in Abt. 3 O.Z. 1 des genannten Grundbuchheftes eingetragenen Sicherungshypothek für Kaufschilling in Höhe von 250 Mark 35 Pf. nebst 4% Zins zustehen. Der Hypothekengläubiger, bezw. dessen Rechtsnachfolger, werden aufgefordert, spätestens in dem auf **Montag, den 15. September 1919, vormittags 9 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer Nr. 23 anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung mit ihrem Rechte erfolgen wird.

II. Die Sache wird als Feriensache bezeichnet.

Heidelberg, 30. Mai 1919
Bad. Amtsgericht III.

M.559. **Pforzheim.** Im Konkursverfahren über den Nachlaß des am 17. Dezember 1918 zu Pforzheim verstorbenen Bäckermeister **Gustav Seemann** wurde an Stelle des Rechtsanwalts Böhm Rechtsanwalt Dufner hier zum Konkursverwalter ernannt.

Pforzheim, 30. Mai 1919.
Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts IV.

Verschiedene Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Beim diesseitigen Bezirksamt ist die Stelle eines

Kanzleigehilfen

mit der üblichen Vergütung **sofort** zu besetzen. Maschinenschreiben erforderlich.
Oberkirch, 30. Mai 1919.
Bezirksamt.

Pflaster- und Straßenbauarbeiten im Mannheimer Hauptgüterbahnhof nach der Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 in 4 Losen öffentlich zu vergeben. Bedingnishefte u. Pläne auf unserer Kanzlei Tunnelstraße Nr. 5 zur Einsicht, wo auch die Angebotsvordrucke erhältlich. Kein Versand nach auswärts. Angebote mit der Aufschrift „Pflaster- und Straßenbauarbeiten im Hauptgüterbahnhof" spätestens bis **13. Juni d. J., vormittags 11 Uhr,** verschlossen und postfrei bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Mannheim, 30. Mai 1919.
Bahnbauinspektion 1.

Badischer Gütertarif.

Für die Beförderung von von Wagen zwischen den Ladestellen des Güterbahnhofs Freiburg (Breisgau), wird eine besond. Überfuhrgebühr eingeführt. Näheres in unserem Tarifanzeiger.
Karlsruhe, 3. Juni 1919.
Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Zentralgüterrechtsregister für Baden.

Achern. M.560
Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 290: **Vogel,** Hermann, Handelsmann zu Kappelrodeck, und Maria Ann geb. Heitzmann. Vertrag v. 27. Mai 1919. Gütertrennung.
Achern, 31. Mai 1919.
Amtsgericht 2.

Baden. M.550
Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 415 — Joseph **Weber,** Masseur hier, und Margarete geb. Heck —. Vertrag vom 2. Januar 1912: Gütertrennung.
Baden, 27. Mai 1919.
Bad. Amtsgericht 1.

Bruchsal. M.521
Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 473: **Schäfer,** Heinrich, Ortskrankenkassenverwalter, u. Elisabeth geb. Dutzi in Bruchsal. Vertrag vom 13. Mai 1919: Errungenschaftsgemeinschaft des B.-G.-B. Das im Vertrag beschriebene eingebrachte Vermögen der Ehefrau als auch das ihr etwa künftig durch Erbschaft, Schenkung oder sonstigen unentgeltlichen Titel anerfallende Vermögen ist als ihr Vorbehaltsgut erklärt.
Bruchsal, 22. Mai 1919.
Amtsgericht.

Bruchsal. M.522
Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 474: **Riffel,** Peter, Landwirt, und Katharina geb. Maßinger in Bruchsal. Vertrag vom 15. Mai 1919: Gütertrennung des BGB.
Bruchsal, 26. Mai 1919.
Amtsgericht.

Heidelberg M.509
Güterrechtsregistereintrag. Band VI Seite 285: **Müller,** Oswald, Dr. Stabsarzt in Heidelberg, und Therese genannt Roesel geb. Buecher. Vertrag vom 17. April 1917. Gütertrennung.
Heidelberg, 24. Mai 1919.
Amtsgericht III.

Karlsruhe. M.547
In das Güterrechtsregister Band IX ist eingetragen:
Seite 307: **Anselm,** Philipp, Schreiner, Karlsruhe, und Sophie geborene Wachter. Vertrag vom 22. Mai 1919. Gütertrennung.
Seite 308: **Gauweiler,** Karl, Schreiner, Karlsruhe, und Friedrich Laule, Buchbinder Witwe Elisabeth geb. Keßler. Vertrag vom 15. Mai 1919. Gütertrennung.
Seite 309: **Geißler,** Karl, Elektromonteur, Karlsruhe, und Rosa geb. Eichelberger. Vertrag vom 21. Mai 1919. Gütertrennung.
Karlsruhe, 31. Mai 1919.
Badisches **Amtsgericht B 2.**

Mannheim. M.548
Zum Güterrechtsregister Band XIII wurde heute eingetragen:
1. Seite 431: Johann **Mathein,** Schuhmacher, u. Karoline geb. Müller in Mannheim. Der Mann hat das der Frau gemäß § 1357 BGB. zustehende Recht, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen u. ihn zu vertreten, ausgeschlossen.
2. Seite 342: Ludwig **Mager,** Fabrikarbeiter, u. Rosa Anna geb. Vogt in Mannheim-Neckarau. Vertrag vom 21. Mai 1919. Gütertrennung.
3. Seite 433: Philipp **Lamerdin,** Kaufmann, und Anna geborene Bader in Mannheim. Vertrag vom 5. Mai 1919. Errungenschaftsgemeinschaft. Vorbehaltsgut der Frau ist das im Vertrage näher bezeichnete Vermögen.
4. Seite 434: Albert **König,** Beamter. und Rosa geb. Heck in Mannheim. Durch Vertrag vom 5. Mai 1919 ist die Verwaltung und Nutznießung des Mannes am Vermögen der Frau ausgeschlossen, so daß demgemäß Gütertrennung eintritt.
Mannheim, 31. Mai 1919.
Bad. Amtsgericht Nr. 1.

Meßkirch. M.561
Güterrechtsregister Band I Seite 82: **Marx,** Karl, Architekt, und Rosa geborene Fabricius in Stetten a. k. M. Vertrag vom 14. Mai 1917. Gütertrennung.
Meßkirch, 27. Mai 1919.
Amtsgericht.

Pforzheim. M.516
Güterrechtsregistereintrag. **Arnold,** Karl Friedrich, Glasermeister in Eutingen, und Karoline geb. Zorn. Vertrag v. 17. März 1919. Gütertrennung.
Amtsgericht Pforzheim.

Radolfzell. M.551
Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 84: **Dischinger,** Reinhard, Fabrikarbeiter in Radolfzell, und Elsa geb. Allgaier.
Vertrag vom 30. April 1919: Allgemeine Gütergemeinschaft des BGB. Das im § 2 des Vertrags näher bezeichnete Vermögen der Ehefrau ist als Vorbehaltsgut erklärt.
Radolfzell, 27. Mai 1919.
Bad. Amtsgericht 1.

Radolfzell. M.552
Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 85: **Muffler,** Engelbert, Magazinier in Singen, und Maria geb. Vetter.
Vertrag vom 21. Mai 1919: Gütertrennung.
Radolfzell, 27. Mai 1919.
Bad. Amtsgericht 1.

Schopfheim. M.510
Im Güterrechtsregister Band I Seite 261 „Gottlieb **Maier,** Landwirt in Minseln, und dessen Ehefrau Frida geb. Suhr" wurde eingetragen:
Vertrag vom 30. April 1919, Errungenschaftsgemeinschaft.
Schopfheim, 26. Mai 1919.
Bad. Amtsgericht.

Staufen. M.549
Güterrechtsregister Seite 209: Georg **Federle,** Metzgermeister in Kirchhofen, und Hilda Emma Ruh daselbst. Ehevertrag vom 2. Mai 1919. Errungenschaftsgemeinschaft.
Staufen, 29. Mai 1919.
Amtsgericht.

Überlingen. M.511
Güterrechtsregister Band II Seite 140: **Schneider,** Josef, Kaufmann in Markdorf, und Lydia geb. Gutmann. Vertrag vom 7. April 1919. Errungenschaftsgemeinschaft.
Überlingen, 28. Mai 1919.
Amtsgericht.

Villingen. M.562
In das Güterrechtsregister Band II Seite 231 wurde eingetragen: Josef **Waldvogel,** Schneidermeister in Schönenbach, und dessen Ehefrau Maria geb. Hauler daselbst. Vertrag vom 21. Mai 1919. Gütertrennung.
Villingen, 30. Mai 1919.
Bad. Amtsgericht.

Wertheim. M.512
Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 29: Josef Wendelin **Dosch,** Landwirt in Ebenheid, und Mathilde Trabold ebenda. Vertrag vom 5. Oktober 1918. Allgemeine Gütergemeinschaft gemäß §§ 1437 ff. BGB.
Wertheim, 25. Mai 1919.
Amtsgericht.

Vereins-Register.

Achern. M.575
In unser Vereinsregister ist am 31. Mai 1919 unter Nr. 10 der Verein: **„Unterstützungskasse der Mechanischen Bindfadenfabrik Oberachern"** mit dem Sitze in Oberachern eingetragen worden.
Achern, den 31. Mai 1919.
Amtsgericht.

Rastatt. M.546
In das Vereinsregister O.-Z. 32 wurde heute eingetragen: **Dramatische Vereinigung für Volksbildung Gaggenau.**
Rastatt, 31. Mai 1919.
Amtsgericht.

Amtliche Bekanntmachung.

Wohnungsstatistik betreffend.

Wir bringen die Ergebnisse der Wohnungsstatistik für die Jahre 1917 und 1918 sowie für das I. Vierteljahr 1919 für die Stadt Karlsruhe zur öffentlichen Kenntnis.

Gemeinde	Monat der Rohbaurevision	Zahl der neu entstandenen Gebäude durch Neubau	Zahl der neu entstandenen Gebäude durch Umbau	Zahl der neu entstandenen Wohnungen mit 1 Zimmer(n) (ohne Zubehör)	2	3	4 u. 5	6 u. mehr	Überhaupt	Zahl der Küchen zu den Wohnungen mit 1 Zimmer(n)	2	3	4. u. 5	6 u. mehr	Überhaupt	Zahl der auf dem gleichen Baugrundstück abgegangenen Wohngebäude	Wohnungen
Karlsruhe . . .	1917	1	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	1	1	—	—
	1918	3	1	1	4	6	—	2	13	1	4	6	—	2	13	3	12
	1919 Januar	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1919 Februar	1	1	—	1	1	—	—	2	—	1	1	—	—	2	—	—
	1919 März . .	1	2	—	2	1	—	—	3	—	2	1	—	—	3	—	—
	Summe . .	2	3	—	3	2	—	—	5	—	3	2	—	—	5	—	—

Karlsruhe, den 12. Mai 1919.

Bezirksamt.

O.Z. 164